

## Menschenrechte in China: Kein Thema für die UNO

*Acht Jahre nach der blutigen Niederschlagung* der Demokratiebewegung hat sich China auch in diesem Jahr wieder gegen Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte durchgesetzt. Zwar hatten sich die EU-Staaten anlässlich der diesjährigen Sitzung der UN-Menschenrechtskommission im April gemeinsam für eine chinakritische Resolution stark gemacht. Frankreich und Deutschland jedoch ließen ihre europäischen Freunde im Regen stehen und entzogen kurz vor Torschluss dem gemeinsamen Antrag zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in China und Tibet die Unterstützung. Dies geschah, obwohl die deutsche Delegation in Genf den Entwurf mitverfaßt hatte. Auf Weisung der Bundesregierung jedoch durfte sie am Ende die Resolution nicht miteinbringen. Die Order aus dem Bundeskanzleramt steht in krassem Gegensatz zur Tibet-Resolution, die der Deutsche Bundestag vor einem Jahr nahezu einstimmig angenommen hatte. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der Lage in Tibet bei den Beratungen der UN-Menschenrechtskommission besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Dänemark entschied sich dann mit Rückendeckung der Niederlande, den Resolutionsentwurf im eigenen Namen auf die Agenda zu bringen, um eine Chinadebatte zu erzwingen – ohne Erfolg. China kam wieder einmal mit seinem Antrag „No action“ durch: Der dänische Resolutionsentwurf wurde gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt, so daß sich die UNO nicht mit der humanitären Lage in China beschäftigen wird. Das Menschenrechts-Gremium nahm einen entsprechenden Antrag Pekings mit 27 gegen 17 Stimmen und neun Enthaltungen an, wobei sich viele Entwicklungsländer auf die Seite Chinas schlugen.

Dialog statt Konfrontation heißt die neue Zauberformel westlicher Politiker, allen voran in Frankreich und Deutschland. Beide Länder verhinderten eine einheitliche außenpolitische Haltung der Europäischen Union. Daran ändert auch nichts, daß Deutschland den Antrag Chinas auf „no action“ in Genf nicht unterstützte. *amnesty international* in London beklagte, daß wieder einmal „bedeutende Menschenrechtsverletzer wie Algerien, China und die Türkei“ einer Untersuchung durch die UNO-Menschenrechtskommission entgingen. Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien und Spanien hätten ihre Geschäftsinteressen vor die Menschenrechte gestellt. Der Generalsekretär der deutschen Sektion von *amnesty*, Volkmar Deile, warf der Bundesregierung vor, sie verweigere den Unterdrückten und Verfolgten in China die notwendige Solidarität.

Gelobt wurde die Riege der Wohlwollenden von Peking. Die Ablehnung der Resolution, in der das Schicksal des vom Dalai Lama ernannten Panchen Lama, Gendün Tschökyi Nyima, angesprochen wurde, sei „eine weise

Entscheidung“, bescheinigte ihnen der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang. Einen weiteren Triumph konnten die Chinesen für sich verbuchen: Die Europäische Union ist in ihrer Chinapolitik heillos zerstritten. Mit ihrem Verzicht auf eine gemeinsame chinakritische Resolution gab sie ein wichtiges Druckmittel gegen die chinesischen Menschenrechtsverletzer auf.

Die Politik der leisen Töne hat bisher keine guten Früchte getragen. Die Menschenrechtslage in China und Tibet verschlechtert sich zusehends. *amnesty international* berichtete Anfang April, daß in China die Zahl der staatlichen Hinrichtungen im Zuge der Verbrechensbekämpfungskampagne angestiegen sei. 3500 Menschen sind in China 1996 vom Staat exekutiert worden – mehr als je zuvor in einem Jahr. Die Antiterrorgesetze wurden verschärft. Das Delikt „konterrevolutionäre Straftaten“ ist nicht abgeschafft, sondern lediglich in „Verbrechen gegen die staatliche Sicherheit“ umbenannt worden.

Die tibetische Regierung im Exil zeigte sich enttäuscht über das jährlich wiederkehrende Schauspiel in Genf. Chinas Antrag auf „no action“ beraube die Menschenrechtskommission ihres eigentlichen Mandats. „Diese Situation hat die Glaubwürdigkeit und Autorität dieses UN-Gremiums in Frage gestellt“, sagte Tempa Tsering, außenpolitischer Sprecher der tibetischen Regierung im Exil. *bs*

## USA und China: „Neue Ära der Kooperation“

*Aus Sicht der US-Außenministerin* Madeleine Albright ist dies „ein zentrales Jahr für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen“. Nach einem Treffen mit ihrem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen Ende April, das u.a. der Vorbereitung des für November 1997 anberaumten Gipfels von Bill Clinton und Jiang Zemin diene, sind beide Länder auf Annäherungskurs. Während noch im November 1996 der damalige Außenminister Warren Christopher das Wort „Partnerschaft“ aus seiner Rede in Schanghai gestrichen hatte, da er es wegen der Menschenrechtsverletzungen in China nicht für angemessen hielt, ist nun von freundschaftlichen Beziehungen die Rede. Heikle Themen wie die Menschenrechte, die Beziehungen Chinas zu Taiwan und die Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik Ende Juli können offenbar das Verhältnis beider Länder nicht mehr ernsthaft belasten. Trotz aller Differenzen, so war auch aus dem chinesischen Außenministerium zu hören, überwiege der gemeinsame Wunsch, „eine dauerhafte und stabile Freundschaft“ zu pflegen.

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* warf der amerikanischen Administration vor, daß sie zu wohlwollend gegenüber den chinesischen Machthabern sei. Ein Gipfeltreffen beider Staatschefs hätte aus Sicht

der Organisation von einer Verbesserung der Menschenrechtslage in China abhängig gemacht werden müssen. Senator John Ashcroft übte ebenfalls Kritik an der Haltung Clintons: „Wir sollten die Menschen Chinas in unsere Arme schließen, die sich danach sehnen, frei zu atmen, statt die Tyrannen zu feiern, die Panzer zum Tiananmen-Platz befohlen haben.“

Schon beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore in Peking Ende März war die Kehrtwende der US-Politik spürbar geworden. „Als Partner und Freunde“ sollen China und die USA nun einer „neuen Ära der Kooperation für ein neues Jahrhundert“ entgegensehen. Der Vizepräsident ließ sich sogar zu der Aussage hinreißen, daß die USA und China „eine blühende und friedliche Zukunft freier Geister und freier Märkte teilen werden.“ Mit der amerikanischen Annäherung an das brutale Regime in Peking hat die aufstrebende Wirtschaftsmacht China das lange Ringen zwischen beiden Ländern vorerst für sich entschieden. Das Streitthema Tibet tangiert das Verhältnis der Giganten nur noch am Rande.

Mitte April hatte US-Präsident Clinton in Washington den Dalai Lama empfangen. Dies tat der freundlichen Stimmung zwischen den USA und China jedoch keinen Abbruch. Clinton folgte dem gleichen diplomatischen Protokoll wie in den vergangenen Jahren, indem er dem Dalai Lama mit Rücksicht auf China nur ein inoffizielles Treffen gewährte. Hinter verschlossenen Türen gelobte Clinton, „der Volksrepublik China vorzuschlagen, daß sie Gespräche mit dem Dalai Lama bzw. seinen Vertretern beginnt.“ Die Proteste Chinas gegen den Besuch des Dalai Lama in Washington fielen in diesem Jahr milder aus als zuvor. Allerdings begegnet Peking der Aufforderung, endlich in Gespräche mit der tibetischen Führung im Exil einzuwilligen, immer wieder hartnäckig mit der Unterstellung, daß der Dalai Lama die vollständige Unabhängigkeit anstrebe.

Der Dalai Lama seinerseits gibt sich weiterhin optimistisch. Er glaubt, daß die chinesischen Machthaber dabei sind, ihr Vertrauen in ihr eigenes totalitäres Regime zu verlieren. „Das Selbstvertrauen unter den chinesischen Führern existiert nicht mehr,“ sagte das tibetische Oberhaupt in Washington. Er verglich dies mit früheren Zeiten, als die Führungsgarde noch die „echte Überzeugung hatte, daß ihr System eine Art glückliche Gesellschaft schaffen könnte.“ Gleichzeitig beteuerte er, daß die Tibeter sich nicht geschlagen gäben: „Wir sind wirklich entschlossen. Wir geben unsere Hoffnung niemals auf.“ *bs*

## Chadrel Rinpoche verurteilt

*Ein tibetisches Gericht* hat Chadrel Rinpoche, den früheren Abt des Klosters Taschilhunpo, zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten um die Suche nach der Wiedergeburt des Panschen Lama habe er, so der Vorwurf, „das Verbrechen der Spaltung des Vaterlandes“ begangen. Dem 58-jährigen Mönch wird vorgeworfen, zusammen mit zwei weiteren Tibetern, die ebenfalls Haftstrafen erhielten, mit „separatistischen Kräften im Ausland“ kooperiert sowie „die nationale Einheit und den ethnischen Zusammenhalt ernsthaft gefährdet“ zu haben. Der Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, weil es darin aus chinesischer Sicht um Staatsgeheimnisse gegangen sei.

Diese Informationen verbreitete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua am 7. Mai 1997, nachdem die Machthaber in Peking sich zwei Jahre lang geweigert hatten, Auskunft über den Verbleib des früheren Abtes zu geben. Chadrel Rinpoche war von 1989 bis 1995 Leiter des Suchkomitees zur Auffindung des Panschen Lama und eine wichtige Figur für die chinesischen Machthaber



Chadrel Rinpoche hatte die Ernennung von Gendün Tschökyi Nyima zum Panschen Lama befürwortet. Nun ist er dafür zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

gewesen. Im Mai 1995 hatte er den Jungen Gendün Tschökyi Nyima als Kandidaten vorgeschlagen und gegenüber den Chinesen deutlich gemacht, daß Seine Heiligkeit ihn letztlich ernennen müsse. Der Dalai Lama wiederum ernannte Gendün Tschökyi Nyima von Dharamsala aus zum Panschen Lama. Das kommunistische Regime rebellierte dagegen und ließ einen eigenen Kandidaten zum Panschen Lama weihen. Es enthob im Juni 1995 Chadrel Rinpoche, der den von China installierten Panschen Lama nicht anerkennen wollte, sämtlicher Ämter und verhaftete bis zum Januar 1996 mindestens 56 Tibeter in Verbindung mit den Streitigkeiten um den neuen Panschen Lama.

Die tibetische Regierung im Exil hat die Haftstrafe gegen Chadrel Rinpoche heftig verurteilt und Peking aufgefordert, ihn unverzüglich freizulassen. Der frühere Abt habe aus rein religiösen Motiven gehandelt. Seine Inhaftierung zeige einmal mehr, daß die Chinesen nicht einmal mehr den Schein der Religionsfreiheit wahren. *bs*

## 60 Tibetische Reiseleiter entlassen

*Mehr als 60 Tibeter*, die als Reiseleiter für die Regierung gearbeitet hatten, sind in Lhasa entlassen worden, da sie ohne Erlaubnis der chinesischen Behörden nach Indien gereist waren. Nach Angaben des *Tibet Information Network* (TIN) in London drohen weitere Entlassungen. Bereits letztes Jahr waren die Auflagen für Reiseleiter und andere Angestellte in der Tourismusbranche verschärft worden. Vor allem durch Grenzkontrollen konnten die Behörden herausfinden, wer heimlich nach Indien gereist war; viele Rück-

kehrer wurden in Gewahrsam genommen und bis zu drei Monate lang verhört. Die chinesischen Machthaber wollen jegliche Kontakte ihrer Untertanen mit der tibetischen Regierung im Exil bzw. Tibetern, die sich für die Unabhängigkeit Tibets einsetzen, unterbinden. Auch wollen die Chinesen verhindern, daß tibetische Reiseleiter gemeinsame Sache mit ausländischen Touristen machen, „nationalistische Ideen“ verbreiten und „die Staatssicherheit gefährden“.

Die jetzt vorgenommenen Entlassungen dienen vor allem der Abschreckung anderer junger Tibeter, die mit Vorliebe in den indischen Exilgemeinden studieren, um dann in ihr Heimatland zurückzukehren. Auch möchte die Regierung mehr Tibeter in der Tourismusbranche einsetzen, die in China studiert haben oder dort aufgewachsen sind. TIN berichtet zudem, daß geplant sei, mehr Chinesen als Reiseleiter einzusetzen.

Da die Tourismusbranche in Tibet wächst und vor allem westliche Touristen Tibeter bevorzugen, wird es auch weiterhin tibetische Reiseleiter geben. Zu Beginn des letzten Jahres mußten diese eine 20 Tage dauernde Prüfung ablegen, die von der Pekinger Sicherheitspolizei und dem Tourismus-Büro abgenommen wurde. Die Prüflinge sollten über die Gedankenwelt Deng Xiaopings berichten und wurden zu Themen befragt wie: Ist Tibet unabhängig? *bs*

## „Anti-Separatisten-Kurs“ in Lhasa

Die *Universität von Tibet* in Lhasa bot im April einen zweimonatigen „Anti-Separatisten-Kurs“ für Professoren und Studenten an, wie die staatliche Zeitung *Tibet Daily* berichtete. Ziel ist es, die Ideen des Dalai Lama zu diskreditieren. Die Leitung der Veranstaltung hat Shen Kaiyun, Vize-Direktor des „Amtes für Propaganda“ in Tibet. Der Kurs besteht aus „Vorlesungen, Theorieunterricht und Diskussionen, die dazu dienen, die Gedanken der Professoren und Studenten anzuleiten“. „Wir müssen Mittel studieren, um den Einfluß des Dalai Lama zu minimieren“, sagte Shun gegenüber *Tibet Daily*. Außerdem sind Gespräche darüber geplant, wie den Schülern in den Grund- und Oberschulen Tibets mehr „Patriotismus einzuimpfen“ ist. Diskutiert wird die Verbreitung patriotischer Lieder, Bücher und Filme sowie Werbung für den Gedanken der „nationalen Einheit“. *bs*

## Tibet-Büro in Taiwan

Die *tibetische Regierung im Exil* plant, ein Büro in Taiwan zu eröffnen, wie der Bruder des Dalai Lama, Gyalo Thondup berichtete. Nach dem Taiwanbesuch Seiner Heiligkeit Ende März kündigte die taiwanische Regierung an, 181.818 US-Dollar für ein solches Büro bereitzustellen, das dem religiösen und kulturellen Austausch dienen soll. Ein quasi-diplomatischer Status wird den Tibetern jedoch nicht gewährt, da Taiwan selbst sich offiziell als rechtmäßige chinesische Regierung auch von Tibet versteht. Aus diesem Grund werden noch Diskussionen darüber geführt, wie das Büro genannt wird und wie weit der Dalai Lama als Direktor fungieren kann. *bs*



Bei seinem ersten Besuch in Taiwan traf der Dalai Lama Präsident Lee Teng-hui.

## Seminare zur spirituellen Sterbebegleitung

Die *Hospizgruppe DA-SEIN* in München plant für den Herbst mehrere Veranstaltungen zum Thema Sterbebegleitung. Anknüpfend an den Rigpa-Kongreß „Sterben, Tod und Leben“, der letztes Jahr in München stattfand, hat sie zwei Referenten dieses Kongresses eingeladen: Claude AnShin Thomas und Frank Ostaseski, die beide aus den USA stammen. Claude AnShin Thomas ist Vietnamveteran, Zenmönch und Schüler der Zenmeister Tetsugen Glassmann Roshi und Thich Nhat Hanh. Er wird ein Seminar in München leiten, das sich vor allem mit dem Aspekt „Heilung durch Transformation des Leidens“ beschäftigt. Frank Ostaseski ist Gründer und Leiter des Zen-Hospiz-Projektes in San Francisco. Er wird Vorträge in Heidelberg sowie Seminare in Köln und München abhalten, die vor allem die Entwicklung von Mitgefühl in der Sterbebegleitung behandeln. „Wenn wir in unseren Schmerz direkt hineingehen, ihn achtsam und einfühlsam erforschen, dann entdecken wir vielleicht, daß dieser Schmerz uns die Tür öffnet zu großer Freude und einem Gefühl tiefer Verbundenheit“, schreibt Ostaseski.

Nähere Informationen erteilt die Hospizgruppe DA-SEIN, Erich-Kästner-Straße 17a, 80796 München. Fax: 089-3072-9909.

## Sakyadhita-Konferenz in Kambodscha

Die *5. Sakyadhita-Konferenz* buddhistischer Frauen wird vom 29. Dezember 1997 bis 4. Januar 1998 in Phnom Penh/Kambodscha stattfinden. Dieses Jahr lautet das Thema „Frauen im Buddhismus: Einheit und Verschiedenheit“. Auf dem Programm stehen Vorträge, Arbeitskreise und Gesprächsforen zu Themen wie „Frauen in buddhistischen Organisationen“, „Mannigfaltige Methoden der Meditation“, „Buddhistische Lebensstile“ und „Buddhistische Kindererziehung“. Auch gibt es morgendliche Meditationen der verschiedenen buddhistischen Traditionen sowie kulturelle Darbietungen.

Wenn Sie nähere Informationen wünschen oder Interesse an einem Gruppenflug ab London haben, wenden Sie sich an: Rotraut Wurst, Stralsunder Weg 22, 24161 Altenholz, Fax: 0431-328208.